

Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Volkswille
für Oberschlesien

Schriftleitung und Geschäftsstellen:
Lodz, Petrikauer Straße 109
Telephon 136-80 — Postkassen-Konto 600-844
Kattowitz, Plebiscytowa 35; Bielsk, Republikanska 4, Tel. 1294

Volksstimme
Bielsk-Biala u. Umgebung

Neues Lager — alte Sachen.

Zur Rundfunkrede des Herrn Obersten Koc.

Die Ankündigung der Gründung eines neuen Lagers kamte man mit dem Ausruf begrüßen: Fort mit den Parteien — es lebe die Partei! Denn schließlich ist doch die Neugründung, die sich als „Lager des vereinigten polnischen Volkes“ vorstellen will, nichts anderes als eine Parteigründung. Man konnte der nun schon längst entschlafenen BB das Merkmal einer politischen Partei nicht nehmen und dieses Merkmal wird auch der Neugründung anhaften. Das ist der natürliche Lauf der Dinge. Da hilft kein Verschleiern und keine Selbsttäuschung. Die Neugründung wird sich von anderen politischen Parteien nur darin unterscheiden, daß sie die einzige Regierungspartei sein wird, wie es auch die BB war. Es werden ihr auch die gleichen Personen, die gleichen Verbände und Vereinigungen angehören wie der BB. Sie wird ein Konglomerat von gesellschaftlichen Schichtensplintern sein, mit auseinanderstrebenden Anschauungen und Interessen, wie es die BB gewesen ist.

Aber nicht nur der Personalbestand ist der alte, sondern, was wesentlich ist, auch der Ideengehalt. Vergessen möchte man in der Deklaration des Obersten Koc nicht die einzigen neuen Momente, nach neuen Gedanken. Es ist nichts Neues vorhanden, und die einzige Rechtfertigung der Gründung des neuen Lagers wäre darin zu suchen, daß man eben ohne eine Partei nicht auskommen kann. Ein jedes Regime braucht eine gesellschaftliche Unterlage. Die Sanacja glaubte, ohne diese Unterlage auskommen zu können, aber die Zeit, wo es möglich war, ohne gesellschaftliche Grundlage zu herrschen, ist vorbei.

In den Punkten, die Oberst Koc als Ideendeklaration bekanntgab, ist kein einziger, der nicht schon früher in anderer Fassung vorgebracht worden wäre.

Daß die Aprilverfassung die Richtschnur des inneren Lebens Polens ist, so wie es Oberst Koc sieht, ist eine Feststellung, über die man hinweggehen darf, wenn man nicht alles das wiederholen will, was zur Annahme der Verfassung geführt hat. Nicht diskutierbar ist jedoch die Stellung zur Kirchenfrage für diejenigen, die die Trennung von Kirche und Staat verlangen. Lediglich vom Standpunkte der vollen Gleichberechtigung könnte hier Einspruch erhoben werden.

Der Herr Oberst wünscht, daß in Polen die auch von ihm zugegebenen Einschnürungen, die auf eine Veränderung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur hinarbeiten, sich ohne Erschütterungen vollziehen. Es kann mit ihm jeder einverstanden sein, wenn der Entwicklung freie Bahn gegeben wird, wenn sie nicht durch Maßnahmen des Regimes künstlich gehemmt wird, oder durch Aufhaltung dieser Entwicklung durch unzeitgemäße Werke. Und dazu gehört vor allem ein freies Wahlrecht und die Freiheit des Wortes. Lodz haben hat Oberst Koc nicht gesprochen!

Im unklaren Gleise bewegt sich Herr Koc, wenn er von der Schädlichkeit des Klassenkampfes spricht und den Privatbesitz sowie die Privatinitiative, soweit sie dem Staate nicht schädlich ist, das Wort spricht. Herr Oberst Koc steht es nicht ein, daß es eben die alten Besitzformen sind, die der neuen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung im Wege stehen und Erschütterungen herbeiführen. Der Frieden zwischen Arbeit und Kapital, den er predigt, wobei der Arbeiter nach und nach ein höheres Lebensniveau erreichen soll und der Unternehmer seinen „gehörigen“ Gewinn, ist von so vielen gepredigt worden. Dieser im kapitalistischen System angestrebte „Friede“ war aber nur auf Kosten der Werktätigen zu erlangen und mit Mitteln, die immer sehr erschütternd waren. Nicht besser wird es mit den Bauern ausfallen. Auch ihnen kann mit Präventivmaßnahmen nicht geholfen werden. Die Sanacja konnte auch das Dorfeland in elf Jahren nicht beseitigen, obwohl sie in dieser Zeit nichts anderes predigte, als Herr Koc am letzten Sonntag.

Was soll man noch aus dieser Rede herausgreifen? Höchstens nur noch die Minderheitenfrage. Einige freundliche Worte an die slawischen Minderheiten, die nichts Konkretes enthalten. Die Juden werden hingegen wenig erfreut sein, daß man noch einmal gegen die endelischen Methoden Stellung nimmt. Die täglichen Erlebnisse, die sie über sich ergehen lassen müssen, reden eine viel eindringlichere

Sprache. Schließlich ist die angekündigte Stärkung des polnischen Elements in Handel, Gewerbe und Industrie für die Juden ein Wink mit dem Zaunpfahl.

Am wenigsten erfreut sein dürfte jedoch die deutsche Minderheit, die überhaupt nicht erwähnt wurde. Die „Freie Presse“ ruft dennoch Hoffmann, doch ist das die Art dieser Minderheitspresse. Ein solcher „Qualitätsbeweis“ kostet nichts, er verpflichtet zu nichts, und ist doch schön. Wer aber diese Dinge ernsthafter betrachtet, dem wird das zu denken geben.

So sieht nun die so laut angekündigte Deklaration aus. Wir bekommen ein neues Lager mit alten Sachen. Das neue kann aber doch noch kommen, nämlich in der Ausführung, und da heißt es auf der Wacht sein!

Anerkennung der deutschen Bedürfnisse in der tschechoslowakischen Republik.

Die Besucher der in Lodz stattgefundenen Akademie aus Anlaß des fünfzehnjährigen Bestehens der DSA am 14. Februar werden sich der Worte des deutsch-sozialistischen Klubobmanns im Prager Parlament, Genossen de Witte, über die Lage der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei und über die Verhandlungen, die in Prag geführt wurden, erinnern. Wir wiederholen diese Ausführungen, da sie angesichts des erfolgreichen Abschlusses dieser Verhandlungen erhöhte Aktualität gewinnen. Der deutsche Sozialist de Witte sagte:

„Die tschechische Machtergreifung in einigen Nachbarländern hat die Mehrheit der Sudetendeutschen und einen Großteil der tschechischen Bourgeoisie um den Verstand gebracht.

Unser Wirken in der Koalition (die deutschen Sozialisten in der Tschechoslowakei sind an der demokratischen Regierungskoalition beteiligt. Die Red.) ist damit sehr erschwert worden, aber wir haben dennoch unter großer Aufopferung Gewaltiges in der Sozialpolitik geleistet und — die Hauptsache — wir haben mit dieser Arbeit den demokratischen Block gehalten und damit den vor einem Jahre versuchten Vernichtungsschlag der deutschen und tschechischen Faschisten gegen die Demokratie zurückgewiesen.

Nun haben wir im Verein mit den anderen Regierungsparteien es dahin gebracht, daß die Verhandlungen über einen nationalen Ausgleich in der Tschechoslowakei aufgenommen wurden. Das Ziel dieses Ausgleiches — der alles Menschenleben umfaßt, soll die völlige innere Befriedung im Staate und damit ein großes Stück europäischer Friedensarbeit sein.“

Und nun wird aus Prag gemeldet, daß die Verhandlungen über die von den deutschen Regierungsparteien zur nationalen Frage aufgestellten Forderungen zu einem befriedigenden Ergebnis geführt haben. Wir bieten unseren Lesern auszugsweise den Inhalt der Entschlüsse, damit ein jeder erfassen kann, wieviel in einem demokratischen Staat für die Minderheiten geleistet werden kann.

Gerechte Minderheitenpolitik.

Die offizielle Regierungserklärung beginnt wie folgt: In dem guten Bestreben, zum gegenseitigen Verständnis in den nationalen Beziehungen der Republik und zur Beseitigung all dessen beizutragen, was die Bevölkerung des Staates auf diesem Schnittpunkt der nationalen Interessen in Mitteleuropa entfremden könnte, hat die tschechoslowakische Regierung den gegenwärtigen Stand der Minderheitenpolitik geprüft und, anknüpfend an die Tradition der tschechoslowakischen demokratischen Minderheitenpolitik, ihre weiteren Richtlinien festgelegt.

Ganz besondere Aufmerksamkeit und Fürsorge widmet die Regierung der wirtschaftlichen Situation jener Gebiete, die von der Weltkrise einiger Zweige der Industrieproduktion betroffen sind. Durch ein Anwerntreffen von Umständen sind diese Gebiete überwiegend von unseren Mitbürgern deutscher Sprache bewohnt. In der Tatsache, daß der Großteil der der Industrie-

duktion gewährten staatlichen Garantien deutschen Unternehmungen bewilligt wurde, liegt der Beweis, daß es nichts Loyaleres geben kann, als die Regierung des Mangels an Fürsorge für die deutsche Wirtschaft zu beschuldigen. Die Regierung investiert in die öffentlichen Arbeiten und Bauten in allen Staatsgebieten gleichmäßig nach den Bedürfnissen und wird darauf achten, daß überall, also auch in den von Deutschen bewohnten Gebieten, in erster Reihe ortsanläßige Unternehmer und Arbeiter beschäftigt werden. Den vergebenden Zentralbehörden wird die strenge Kontrolle über alle ihnen unterstellten Organe auch in dem Sinne auferlegt, daß diesem Prinzip der wirtschaftlichen Gerechtigkeit in vollem Umfange Genüge getan werde.

Die Regierung wird bei der Durchführung der Maßnahmen der sozialen Fürsorge und der sozialen Hygiene nicht bloß auf die Bevölkerungszahl, sondern auch auf die Höhe der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Bezirken Rücksicht nehmen. Auf dem Gebiete der sozialen und hygienischen Jugendfürsorge wird die Regierung — wie bisher — darauf achten, daß ritt der Leitung der Jugendfürsorge Angehörige des eigenen Volkes betraut werden und sich bemühen, daß die Fürsorge-Institutionen gesichert und weiter ausgebaut werden.

Die Regierung kann objektiv konstatieren, daß sich die sittliche Kraft der tschechoslowakischen Staatlichkeit je weiter, um so voller auch in der Richtung der schöpferischen Zusammenarbeit der Nationalitäten bewährt.

Diese Tatsache wie auch die sich immer mehr verbreitende Kenntnis der Amtssprache ermöglicht der Regierung, einen weiteren Schritt in der Aufnahme von Angehörigen der nationalen Minderheiten in die Staatsdienste zu machen und in immer größerem Maße auf die nicht allein allgemeinen, Qualifikations- und regionalen Interessen, sondern auch auf die Interessen der Minderheiten in der Richtung einer gerechten Proportionalität Rücksicht zu nehmen.

Zu der Sprachenfrage über die Korrespondenz der Bezirks- und einiger anderer Behörden mit Gemeinden, deren überwiegende Bevölkerungsmehrheit anderssprachig ist, hat die Regierung Maßnahmen getroffen, daß zu den in der Amtssprache abgesetzten Zuschriften ohne besonderes Ansuchen und unentgeltlich Uebersetzungen in der Sprache der nationalen Minderheit der Gemeinde beigelegt werden.

Der Regierungsentwurf des Staatsvoranschlags wird der Ausdruck der Entschlossenheit der tschechoslowakischen Regierung sein, daß die staatliche Politik der demokratischen Republik es als ihre große politische und moralische Aufgabe erachtet, bis zu ihren äußersten finanziellen Möglichkeiten die Bildung zu fördern, welche die schöne Tradition des tschechischen und des slowakischen Volkes ist, wie auch, und zwar im Geiste der gebührenden Proportionalität die Bildung ihrer Mitbürger und anderssprachigen Nationalitäten, also nicht nur der Deutschen und der Ungarn, sondern aller natio-

